


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt am 21.10.2021

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	18:01 Uhr
Ende:	20:20 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Blechschmidt
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 23.09.2021	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Informationen	
5.1.	Anhörung zur 1. Änderungssatzung über die Benutzung der Grünanlagen (Grünanlagensatzung), Drucksache 1475/21	

BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt
hinzugezogen:
Vertreter der Freien Kulturkarawane
Vertreter der BI Klein Venedig
Vertreter der BI Brühler Garten
Vertreter der Naturfreundejugend
Vertreter der BI Lärmschutz Meienbergstraße
Vertreter der ständigen Kulturvertretung
Vertreter BÄMM!
Vertreter Stadtjugendring

- 5.2. Mündliche Informationen
- 5.2.1. Geplante Videoüberwachung im Bereich "Petersberg" **1819/21**
Fragesteller: Fraktion DIE LINKE., Herr Blechschmidt
BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt
- 5.2.2. Nachfragen zur Drucksache 1742/21 -Neubau Feuer- **1962/21**
wehrgerätehaus Azmannsdorf
Fragesteller: Fraktion SPD, Herr Frenzel
BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt
- 5.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Weiterhin verwies der Ausschussvorsitzende auf das bereits mit der Einladung versandte Merkblatt für die Durchführung der Sitzung unter Pandemiebedingungen. Er erläuterte, dass der Mund- Nasenschutz am Sitzplatz abgenommen werden kann und nur noch bei Bewegung im Raum oder einem Abstand von unter 1,5 m zu tragen sei. Des Weiteren muss jede Stunde für 10 Minuten eine Lüftungspause durchgeführt werden.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass folgende Drucksachen:

- Drucksache 1819/21 – Geplante Videoüberwachung im Bereich "Petersberg" und
- Drucksache 1962/21 – Nachfragen zur Drucksache 1742/21 Neubau Feuerwehrgarage Azmannsdorf

unter dem Tagesordnungspunkt 5.2 mündliche Informationen aufgenommen werden sollen.

Da keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung vorlagen, stellte der Ausschussvorsitzende die Aufnahme der beiden Tagesordnungspunkte zur Abstimmung:

bestätigt Ja 10 Nein 0 Enthalten 0

Somit wird die Drucksache 1819/21 unter dem Tagesordnungspunkt 5.2.1 und die Drucksache 1962/21 unter dem Tagesordnungspunkt 5.2.2 beraten.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 23.09.2021

Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

5. Informationen

- 5.1. **Anhörung zur 1. Änderungssatzung über die Benutzung der Grünanlagen (Grünanlagensatzung), Drucksache 1475/21**
BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt
hinzugezogen:
Vertreter der Freien Kulturkarawane
Vertreter der BI Klein Venedig
Vertreter der BI Brühler Garten
Vertreter der Naturfreundejugend
Vertreter der BI Lärmschutz Meienbergstraße
Vertreter der ständigen Kulturvertretung
Vertreter BÄMM!
Vertreter Stadtjugendring
Vertreter des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates
Vertreter des Studierendenrates
Vertreter der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken"

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., begrüßte die anwesenden Gäste und ließ über das Rederecht der zur Anhörung geladenen Gäste abstimmen.

Das Rederecht wurde einstimmig erteilt.

Des Weiteren schlug er vor, dass jeder Interessensvertretung eine Redezeit von 5 Minuten eingeräumt werden sollte.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Die Vertreter wurden einzeln aufgerufen.

Vor Beginn der Anhörung der einzelnen Interessensvertretungen, äußerte sich der Beigeordnete für Sicherheit und Umwelt, Herr Horn, zur vorliegenden Drucksache. Er wies darauf hin, dass es sich dabei um eine klarstellende Regelung handle und es nicht um ein generelles Verbot von Musik in Parkanlagen gehe. Er erläuterte, dass es lediglich um die Einhaltung der Nachtruhe in der Zeit ab 22:00 Uhr gehe. Des Weiteren verwies er auf die vorliegenden Beschwerden der Anwohner sowie die Aussagen der Ordnungsbehörde und der Polizei. Er betonte, dass die Beschwerden nicht nur von älteren Bürgern an ihn herangetragen

wurden, sondern auch von Jüngeren. Abschließend wünschte er allen Beteiligten eine konstruktive Diskussion.

Der Ausschussvorsitzende bat um das Rederecht für Herrn Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der als Stadtratsmitglied ohne Ausschussmandat an der Sitzung teilnahm. Das Rederecht wurde einstimmig erteilt.

Herr Robeck, Stadtratsmitglied ohne Ausschussmandat, bedankte sich für die einleitenden Worte des Beigeordneten für Sicherheit und Umwelt und wies darauf hin, dass es unumstritten sei, dass die Landeshauptstadt Erfurt ein deutliches Problem in Bezug auf die Ruhestörung habe. Er merkte an, dass auch die Interessen der jungen Bürger der Stadt berücksichtigt werden sollten. Anschließend sprach er den in Dringlichkeit eingereichten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 1881/21 – Nachtbürgermeister/in und Nachtteam schaffen – an, welcher in der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses beraten werden soll. Er wies darauf hin, dass bereits Städte wie Leipzig und Heidelberg einen Nachtbürgermeister hätten und dieses Konzept bundesweit bekannt sei. Er bat die anwesenden Interessensvertreter um eine Stellungnahme.

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt äußerte seine Bedenken, da die Drucksache kein Beratungsgenstand der vorliegenden Tagesordnung sei. Er schlug vor, den Ausschuss darüber abstimmen zu lassen, ob die Drucksache 1881/21 zum Gegenstand der Anhörung gemacht werden soll.

Herr Horn sprach sich gegen eine formelle Aufnahme der Drucksache aus und wies darauf hin, dass es jedem Interessensvertreter freigestellt sei, sich innerhalb seiner Redezeit dazu zu äußern.

Die Ausschussmitglieder einigten sich darauf, dem Vorschlag Herrn Horns zu folgen.

Herr Blechschmidt bat den Vertreter der Bürgerinitiative Lärmschutz um seine Stellungnahme.

Der Sprecher der Bürgerinitiative Lärmschutz Meienbergstraße erklärte, dass er auch die Vertretung für die Bürgerinitiative Klein Venedig sei und den Sprecher dieser Bürgerinitiative vertrete. Er bedankte sich für die Einladung und verwies darauf, dass sich die Bürgerinitiative erst aufgrund der andauernden Lärmbelästigungen gegründet habe. Er schilderte die Situation und führte die geltenden Gesetze sowie das Recht auf nächtliche Ruhe in der Zeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr an. Er sieht die Änderung der Grünanlagensatzung als ersten Schritt für eine Besserung der Situation und sprach sich für diese aus. Der Vertreter der Kulturkarawane erkundigte sich, ob bereits ein Dialog stattgefunden habe und fragte, ob es hilfreich sei, ein reines Verbot auszusprechen. Der Vertreter der Bürgerinitiative sprach das Problem der verstärkten elektronischen Musik an. Er fragte nach, welches Ziel der Dialog verfolgen solle und hinterfragte die Verhandelbarkeit von Gesetzen.

Der Ausschussvorsitzende bat den Vertreter der Kulturkarawane um seine Stellungnahme.

Der Vertreter der Kulturkarawane ging auf folgende Schwerpunkte bei seiner Stellungnahme ein. Über die Frage, welche Behörde Kontrollen durchführe, findet ein Dialog statt. Darüber hinaus sollen Räume für Jugendliche geschaffen werden, wo es keine Probleme mit Lärmbelastungen gibt. Des Weiteren machte er folgende Lösungsvorschläge:

- Anbringen eines Dezibelmessgerätes, welches einen stillen Alarm auslöst, sobald der eingegebene Grenzwert überschritten wird.
- In einigen Bereichen sollen Lärmschutzgebiete ausgewiesen und dafür Ersatzflächen geschaffen werden.
- Absolute Verbotstage sollen eingeführt werden.
- Die Einführung eines Nachtbürgermeisters.

Er wies darauf hin, dass die Parks teilweise die letzten Zufluchtsorte für Jugendliche seien und schlug die Bildung eines Runden Tisches unter Einbeziehung aller anwesenden Interessensvertretungen vor.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, bedankte sich für die eingebrachten Vorschläge und verwies auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Der Beigeordnete für Sicherheit und Umwelt, Herr Horn, ging auf die Fragen und Anmerkungen ein und erklärte, dass bereits 35 Partyflächen geprüft worden seien und die Fläche am Lutherstein ein erster Test zur Umsetzung gewesen sei. Unabhängig von der Änderung der Grünanlagensatzung werde weiter nach möglichen Partyplätzen gesucht. Herr Horn erläuterte noch einmal die Problematik und die Vorgehensweise der Polizei, der Securitydienstleister und der Ordnungsbehörde.

Herr Robeck bedankte sich für die Vorschläge und bat die Vertreter der Kulturkarawane um eine Bewertung, inwieweit die abendliche Nutzung von Parks die Sozio- und Jugendkultur beeinflusst. Der Vertreter der Kulturkarawane erklärte, dass die Parks eine Rückzugsmöglichkeit für die Jugendlichen bieten und als Erholungsflächen genutzt würden. Die Jugendlichen hätten Angst, dass nach dieser Einschränkung weitere folgen würden. Er äußerte, dass die Nutzung der Parks durch die Jugendlichen kulturelle Bedeutung hätte. Ein weiterer Vertreter der Kulturkarawane merkte an, dass es sich für Studenten und Jugendliche um eine Nischenkultur handle. Es diene dazu, die Studenten in der Stadt zu halten. Zudem merkte er an, dass es die Menschen, nach der langen Pandemie, nicht mehr gewohnt seien, laute Geräusche und Lärm zu hören. Er wies darauf hin, dass es für die Jugendlichen schwierig sei, wenn sie sowohl in geschlossenen Räumen, als auch im Freien nicht mehr laut sein dürfen.

Der Ausschussvorsitzende bat den Vertreter der Bürgerinitiative Brühler Garten um eine Stellungnahme.

Der Vertreter der Bürgerinitiative erklärte, dass die nächtlichen Ruhestörungen seit 2018 massiv zugenommen hätten. Er merkte an, dass es ausdrücklich nicht um den Aufenthalt von Jugendlichen im Park bzw. Brühler Garten gehe, sondern um die massiven Lärmbelastungen nach 23:00 Uhr. Weiter sprach er die bereits geltende Satzung an, welche nicht

eingehalten werde. Zusätzlich ginge auf die Maßnahmen in Zusammenhang mit den Ordnungswidrigkeiten ein.¹

Herr Adams, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, ob sich die Bürgerinitiative bewusst sei, dass die Grünanlagensatzung nur die Parkanlagen beinhalte. Lärmbelästigungen an z.B. Haltestellen wären damit nicht ausgeschlossen. Der Vertreter der Bürgerinitiative äußerte, dass das Problem die Lärmbelästigung zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr sei. Er wies darauf hin, dass es einen Unterschied mache, ob sich Leute verteilt im Park aufhalten und reden, oder ob sich 200 Leute zum Feiern unter dem Schlafzimmerfenster versammeln.

Herr Blechschmidt bat die Vertreterin der Naturfreundejugend um ihre Stellungnahme.

Die Vertreterin der Naturfreundejugend bedankte sich für die Einladung und erklärte, dass sie die Interessen der Jugendlichen vertreten. Sie betonte, dass sich die Änderung der Grünanlagensatzung als jugendunfreundlich erweise und Jugendliche oftmals als Störfaktoren dargestellt werden. Sie hob hervor, dass sich die Jugendlichen auch ungezwungen bewegen und entfalten sollten. Dieses dürfe nicht unterbunden werden, da es der Identitätsbildung diene. Es bedarf Orte, an denen sich die Jugendlichen aufhalten dürften und selbst verwirklichen können. Viele seien zu jung, um Einlass in Clubs zu erhalten. Eine weitere Vertreterin der Naturfreundejugend verwies auf eine Umfrage von NordOstwärts, welche darlegt, wie die Jugendlichen die Ereignisse wahrnehmen.² Sie erklärte, dass ein Verbot signalisiere, dass die Jugendlichen nicht erwünscht seien. Auch hätten diese die Befürchtung, dass weitere Verschärfungen folgen würden. Sie bat darum, konstruktive Lösungen zu finden.

Der Ausschussvorsitzende bat die Vertreter der ständigen Kulturvertretung um ihre Stellungnahme.

Der Vertreter der ständigen Kulturvertretung sprach sich gegen ein Verbot aus und für mehr Raum und Toleranz. Dieses sollte auch innerhalb der Stadt möglich sein. Er wies darauf hin, dass es nicht mehr zeitgemäß sei, wenn die Politik die Jugendlichen vor den Kopf stoße. Er hinterfragte, wo der Nachtbürgermeister angesiedelt werden sollte und welche Kompetenzen dieser erhalten könne.

Herr Robeck äußerte, dass er den Nachtbürgermeister eher im Bereich der Kultur sehe. Dieser Punkt müsse aber erst diskutiert werden.

Herr Blechschmidt bat die Vertreter der Beteiligungsstruktur BÄMM! um ihre Stellungnahme.

Der Vertreter der Beteiligungsstruktur BÄMM! erklärte, dass sie die Jugendlichen fachlich begleite und schlug vor, die Jugendlichen durch einen Beteiligungsprozess mit einzubeziehen.

¹ Der Wortbeitrag der Bürgerinitiative Brühler Garten liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

² Der Auszug zu den Ergebnissen der aktivierenden Befragung NordOstwärts liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

hen. Er verwies auf die Umfrage, welche die Beteiligungsstruktur BÄMM! durchgeführt habe und ging auf einige Ergebnisse und Aussagen ein.³ Zusätzlich gab er Einblicke in die Tätigkeiten der Beteiligungsstruktur BÄMM!, wie die Mitarbeit am Kinder- und Jugendförderplan der Landeshauptstadt Erfurt und der Bustour durch die Erfurter Ortsteile. Erbot an, an dem Konzept zur Beteiligung der Jugendlichen mitzuarbeiten.

Die Nachfrage von Frau Vogel, Fraktion CDU, zu den Ergebnissen der Umfrage wurde durch den Vertreter der Beteiligungsstruktur BÄMM! beantwortet. Sie fragte, ob es gewollt sei, dass Jugendliche nach 0:00 Uhr durch den Park laufen.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt, merkte an, dass er die Beteiligung von der Beteiligungsstruktur BÄMM! sehr schätze.

Die Sitzung wurde für eine 10-minütige Lüftungspause unterbrochen.

Im Anschluss an die Lüftungspause bat Herr Blechschmidt die Vertreterin des Stadtjugendringes um ihre Stellungnahme.

Bezugnehmend auf die Äußerung von Frau Vogel, verwies die Vertreterin des Stadtjugendringes auf das Jugendschutzgesetz und auf die vorliegende Stellungnahme des Stadtjugendringes zur Drucksache 1475/21. Sie gab den Hinweis, dass die Änderung der Grünanlagensatzung das Problem nur verlagere, aber nicht lösen könne. Sie bemängelte die fehlende Einbindung der Jugendlichen und bot an, an dem Prozess mitzuarbeiten. Abschließend stellte sie klar, dass Parks nicht die einzigen Plätze für Jugendliche seien, auch viele Vereine und Institutionen der Jugendarbeit bieten den Jugendlichen eine Möglichkeit der Freizeitgestaltung.

Herr Blechschmidt bat den Vertreter des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates um seine Stellungnahme.

Der Vertreter des Hochschul- und Studierendenbeirates erklärte, dass er der Interessensvertreter von 10.000 Studierenden sei. Er wies darauf hin, dass die Stadt die Pflicht hätte, Räume für die Jugendlichen und die Studierenden zu schaffen und eine Änderung der Grünanlagensatzung nicht zielführend sei. Erschilderte, dass manche Eindrücke auch sehr subjektiv seien, zumal der Park auch eine Begegnungsstätte für junge Menschen und Studierende sei und Musik bei der Überwindung von Sprachbarrieren helfe. Er sprach sich dafür aus, Orte der Begegnung zu schaffen, um damit auch dem Hochschulstandort Erfurt zu verbessern.

Herr Robeck, Stadtratsmitglied ohne Ausschussmandat, fragte, ob die Änderung der Grünanlagensatzung Auswirkungen auf die Erarbeitung des neuen Hochschulstandortkonzeptes habe. Der Vertreter des Hochschul- und Studierendenbeirates erklärte, dass die Beschneidung der Freiräume der Befürwortung des Standortes Erfurt entgegenstehe. Der Beigeordnete für Sicherheit und Umwelt, fragte, ob bereits die Durchsetzung der Nachtruhe als "Be-

³ Die Ergebnisse der Umfrage liegen der Niederschrift als Anlage 3 bei und sind auch unter der Adresse www.baemm-erfurt.de/aenderung-gruenflaechenverordnung/ einsehbar.

schneidung von Rechten" angesehen werde. Der Vertreter des Hochschul- und Studierendenbeirates äußerte, dass es verschiedene Auslegungen bei den Regeln gäbe. Er sehe die Ruhestörung durchaus als Problem, allerdings sei die Änderung der Satzung keine Lösung. Der Vertreter der Bürgerinitiative Brühler Garten ergänzte, dass die Ruhestörung im Zeitraum von Mai bis September ca. dreimal pro Woche nach 24:00 Uhr auftrete.

Herr Blechschmidt bat die Vertreterin des Studierendenrates um ihre Stellungnahme.

Die Vertreterin des Studierendenrates bedankte sich für die Einladung. Sie informierte die Ausschussmitglieder, dass sich die Studierenden mehr Freiräume wünschen, da diese auch ein zentraler Bestandteil der Studierenden seien. Treffen müssten auch spontan und ohne Beschränkungen möglich sein. Dies sei in Innenräumen nicht immer gegeben. Die aktuelle Änderung der Grünanlagensatzung sei konträr zum Hochschulkonzept und werde von vielen Studierenden als negatives Signal wahrgenommen. Sie begrüßte den Vorschlag einen Nachtbürgermeister einzuführen.

Herr Robeck, Stadtratsmitglied ohne Ausschussmandat, wies darauf hin, dass unabhängig von der bestehenden Pandemie Handlungsbedarf bestehe. Die Vertreterin des Studierendenbeirat äußerte, dass es zu wenig und zu kleine Räume für die Studierenden gäbe.

Der Ausschussvorsitzende bat die Vertreterin der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken" um ihre Stellungnahme.

Die Vertreterin der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken" plädierte für die Öffnung der Debatte, da es für die Jugendlichen einen Mangel an Treffpunkten gäbe. Es sollten auch Plätze für die Jugendlichen in der Landeshauptstadt geschaffen werden. Sie wies darauf hin, dass die Jugendlichen nicht der Willkür der Polizei überlassen werden sollten. Sie schlug vor, dass der Nachtbürgermeister aus dem Bereich der Kultur kommen sollte.

Frau Vogel, Fraktion CDU, wies darauf hin, dass die Polizei nicht nach Willkür, sondern nach Recht und Gesetz handle.

Nach Abschluss aller Redebeiträge bedankte sich der Ausschussvorsitzende, Herr Blechschmidt, bei allen Beteiligten und wies darauf hin, dass die Landeshauptstadt Erfurt eine attraktive und weltoffene Stadt sei und bleiben sollte.

5.2. Mündliche Informationen

5.2.1. Geplante Videoüberwachung im Bereich "Petersberg" 1819/21 Fragesteller: Fraktion DIE LINKE., Herr Blechschmidt BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt

Der Referent des Bereiches Oberbürgermeister/Sitzungsdienst las die von der Erfurter Tourismus und Marketing GmbH übermittelte Zuarbeit zur Drucksache 1819/21 vor.⁴

⁴ Die Zuarbeit liegt der Niederschrift als Anlage 4 bei.

Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich als Einreicher der mündlichen Informationsaufforderung für die Beantwortung und wies darauf hin, dass er nicht glaube, dass eine Videoüberwachung Vandalismus verhindere sondern maximal für eine bessere Verfolgung und Aufklärung solcher Delikte diene.

zur Kenntnis genommen

**5.2.2. Nachfragen zur Drucksache 1742/21 - Neubau Feuerwehr- 1962/21
gerätehaus Azmannsdorf
Fragesteller: Fraktion SPD, Herr Frenzel
BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt**

Herr Frenzel, Fraktion SPD, wies darauf hin, dass die Problematik bekannt sei, aber bisher noch keine Verbesserung erkennbar sei. Er erklärte, dass das geplante Grundstück ungeeignet sei und erläuterte die Gründe. Er mahnte an, dass es an Ehrlichkeit fehle und die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr eine Perspektive bräuchten.

Der Beigeordnete für Sicherheit und Umwelt, Herr Horn, verwies auf einen bereits stattgefundenen Termin und erklärte, dass die Lösung mit Containern geprüft werde.

Weiter werde nach kurzfristigen Lösungen gesucht, um die Hygiene- und Arbeitsschutzbedingungen der Kameraden zu gewährleisten. Der Ortsteilbürgermeister sei bereits informiert. Abschließend informierte er die Ausschussmitglieder darüber, dass die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Azmannsdorf auch ab dem 01.01.2022 ihren ehrenamtlichen Dienst verrichten werden.

zur Kenntnis genommen

5.3. Sonstige Informationen

Der Beigeordnete für Sicherheit und Umwelt, Herr Horn, informierte die Ausschussmitglieder, dass auf Grund der starken Windböen die Feuerwehr zu 125 Einsätze gerufen wurde. Personenschäden hatte es bis dato keine gegeben.

gez. A. Blechschmidt
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in